

SNB will Steuergelder in der Ukraine verlocken

Hans Kaufmann, alt- Nationalrat, Wettswil

19.2.2015 Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir Stimmbürgerinnen und -bürger vom Bundesrat mit formellen Tricks über den Tisch gezogen werden. Im jüngsten Fall geht es um Hilfgelder an die Ukraine, die dem Schweizer Volk unter dem Titel Währungshilfen des IWF an die Ukraine schmackhaft gemacht werden sollen. Die SNB soll dem IWF USD 200 Mio. Kredit gewähren, die der Bund garantiert.

Was wird die Ukraine mit diesem Geld anstellen? Im Vordergrund steht die Begleichung offener Gasrechnungen Russlands. Die Regierung benötigt aber auch Geld, um neue Waffen in den USA oder in Europa zu kaufen. Und schliesslich werden die französischen, italienischen und österreichischen Banken Rückzahlungen ihrer Kredite fordern. Ausländische Banken haben ja in der Ukraine Kreditausstände in Höhe von rund USD 20 Mrd., wovon ukrainische Schuldner gemäss den neusten erhältlichen Zahlen der BIZ in Italien mit USD 5 Mrd., in Österreich mit USD 4 Mrd., in Frankreich mit USD 3.7 Mrd. und in Deutschland mit USD 1 Mrd. in der Kreide stehen. Es ist ja auch nicht das erste Mal, dass die französische Chefin des IWF, Christine Lagarde, versucht mit internationalen IWF-Geldern die Banken ihres Herkunftslandes vor Grossverlusten zu retten. Dass die Schweiz bei diesen Spielen munter mitmisch, verwundert doch sehr. Als Schweizer Bürger habe ich keine Lust Kriege zu finanzieren, die Taschen von Oligarchen mit Geld vollzustopfen oder europäische Banken vor Verlusten zu retten.

Es ist eine Mär, dass es bei diesen Geldern um Währungshilfen gehe. Die Hrywnja (UAH) hat ja seit Beginn der Krise bereits zum USD um über 60% abgewertet. Es wird ja wohl nicht die Absicht der SNB sein, mit dem Kauf von Hrywnja durch den IWF die Landeswährung der Ukraine zu stützen. Es ist nicht die Aufgabe unserer Nationalbank und unserer Regierung, zweifelhaftes Regime mit Schweizer Steuergeldern zu stützen. Auch wenn die neue Regierung angeblich demokratisch gewählt wurde, so sei daran erinnert, dass die Stimmabgabe im Osten der Ukraine und auf der Krim eingeschränkt war. Auch die heutige Regierung hat es bisher unterlassen, die Schiessereien anlässlich der Maidan-Proteste vom 18. Februar 2014 mit über 80 Todesopfern zu untersuchen. Damit bleibt der Verdacht im Raum, dass die damaligen Agitatoren und heutigen Machthaber selbst daran beteiligt waren. Dazu kommen in der Westukraine politische Gruppierungen mit Nazivergangenheit, die wohl kein Schweizer mit Steuergeldern unterstützen möchte.

Die Frage, welches Hoheitsgebiet die Ukraine heute umfasst, ist trotz Waffenstillstandsabkommen (Minks II) nicht festgelegt. Insbesondere ist der Status der Krim nicht geklärt. Zumindest finanziell und verwaltungstechnisch hat sich Kiew von diesem ehemaligen Landesteil verabschiedet. Man muss sich deshalb fragen, an wen

denn diese Gelder fliessen sollen. Werden sie auch die Menschen in der Ostukraine und auf der Krim erreichen, oder verschwinden sie wie schon so oft in den Geldtaschen der Politiker und Oligarchen in Kiew. Kredite an die Ukraine könnten den Eindruck erwecken, dass die Schweiz politisch das Kiewer Regime unterstützt und sich gegen Russland und die Krim stellt. Diese politische Positionierung gilt es zu vermeiden, denn sie steht im Widerspruch zu unserer Neutralität.

Der Bund wird für diesen USD 200 Mio. Kredit an die SNB eine Garantie abgeben. Dies ist ein simpler Trick, damit dieses Geschäft nicht in der Bundesrechnung aufscheint. Garantien werden nämlich in der Staatsrechnung nicht als Verpflichtungen sondern höchstens pro memoria aufgeführt.

Bevor neue Kredite an den IWF gesprochen werden, soll der IWF dafür sorgen, dass die Gelder, die an Griechenland flossen, zurückbezahlt werden. Immerhin hat der IWF dort rund EUR 35 Mrd. Guthaben, die aus heutiger Sicht trotz Konkursprivileg uneinbringlich erscheinen. Neue Gelder, eine Verlängerung der Laufzeiten und eine Reduktion der Zinsen stehen deshalb erneut zur Diskussion. Unsere Regierung bzw. die SNB wird sich einem solchen indirekten Schuldenschnitt wohl anschliessen, ohne dafür je eine Vorlage dem Parlament zu unterbreiten. Die Schweiz steuert finanziell überdurchschnittlich viel zum IWF bei. Begründet wird dieses Engagement immer wieder mit unserem Stimmrecht als Vertreter der Stimmrechtsgruppe im Exekutivrat gemeinsam mit Aserbeidschan, Kasachstan, Kirgisien, Polen, Serbien, Tadschikistan und Turkmenistan. Der Stimmrechtsanteil dieser Gruppe beträgt 2,77%, wovon 1.4% auf die Schweiz entfallen.

Die SNB hat mit ihren Lügengeschichten von "unbegrenzten Devisenaufkäufen," die mit aller Entschlossenheit durchgesetzt werden sollen, unsere KMUs im Glauben gelassen, sie müssten ihre Debitorenguthaben und Lager nicht am Devisenmarkt absichern. Sie sind deswegen nun mit hohen, teils existenzbedrohenden Verlusten konfrontiert. Der währungsmässige Kostenschock wird zu Betriebsstättenverlagerungen, vermehrten Einkäufen im Ausland, Personalentlassungen und Lohnkürzungen führen. Gleichzeitig wird die Altersvorsorge mit Null- und Negativzinsen derart geschädigt, dass Nachfinanzierungen früher oder später nötig werden. Entgegen der SNB-Behauptung werden auch Kleinsparer geschädigt, denn die Vergütungen auf Spar- und Anlagekonti wurden praktisch auf null gesenkt und erste Banken fordern sogar von Kleinanlegern Negativzinsen. Die Arbeitslosenversicherung wird trotz Solidaritätszuschlag neue Schulden machen müssen. Es ist nicht akzeptabel, dass die SNB unsere eigenen Bevölkerung derart grosse Schäden zufügt und ihre Vertreter im IWF auf unsere Kosten ihr persönliches Image pflegen. Die Forderung des IWF kommt zu einem Zeitpunkt, wo unsere Staatsfinanzen ohnehin wieder zu verlundern drohen. Es ist deshalb ein Gebot der Stunde, in erster Priorität den eigenen Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen, bevor man im Ausland den reichen Onkel oder die reiche Tante aus der Schweiz spielt.

Aus all diesen Gründen sind solche fingierten Hilfskredite an den IWF und Bundesgarantien strikte abzulehnen. Wer sie dennoch befürwortet, schadet unserem Lande.
